



Soziale  
Politik für  
Dich. Sozial  
Politik  
Dich.



**Demokratischer Konsens in der Region Hannover:**

## **Gemeinsame Vereinbarung der demokratischen Parteien: SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

**Für eine wehrhafte Demokratie – Keine Zusammenarbeit  
mit der AfD, extremistischen und antisemitischen Kräften.**

Die hier unterzeichnenden demokratischen Parteien in der Region Hannover – SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – bekennen sich gemeinsam zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unsere politische Arbeit ist getragen von Respekt, Vielfalt und dem Schutz der Menschenwürde.

Wir demokratische Parteien sind in der Verantwortung, uns konsequent gegen jede Form von Extremismus zu stellen. Extremismus, gleich welcher Ausrichtung, stellt eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar, da er darauf abzielt, den demokratischen Rechtsstaat zu untergraben, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen und politische Entscheidungen durch Druck oder Gewalt zu beeinflussen.

Die Alternative für Deutschland ist eine staatsgefährdende Partei. Sie ist eine in weiten Teilen antidemokratische, geschichtsvergessende und menschenverachtende Partei. Führende Vertreter der AfD verharmlosen den Nationalsozialismus. Die AfD ist eine gefährliche Partei für unsere Gesellschaft und unser Land. Große Teile der AfD verfolgen einen völkisch-autoritären Politikansatz und stellen grundlegende Prinzipien unserer Verfassung infrage. Die AfD verachtet demokratische Institutionen und die repräsentative Demokratie, wie ihr Verhalten im Thüringischen Landtag im vergangenen Jahr deutlich gemacht hat. Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die Demokratie, wie zuletzt der Verfassungsschutzbericht 2024 bestätigt.<sup>1</sup> Die Ideologie der AfD steht in fundamentalem Widerspruch zu den Prinzipien einer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft, die im Grundgesetz verankert sind. Aus diesem Grund stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sie zwischenzeitlich „aufgrund der die Menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein“.<sup>2</sup>

Weiterhin ist es für demokratische Parteien unerlässlich, sich nicht nur von rechtsextremen, sondern auch von linksextremistischen und religiös motivierten extremistischen Gruppierungen zu distanzieren. Eine Zusammenarbeit mit solchen Kräften untergräbt die eigene Glaubwürdigkeit und stellt demokratische

---

<sup>1</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/hohes-niveau-von-bedrohungen-die-wichtigsten-inhalte-des-neuen-verfassungsschutzberichts-100.html> (Link vom 05.05.2025).

<sup>2</sup> <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/pressemitteilung-2025-05-02.html> (Link vom 05.05.2025).



Soziale  
Politik für  
Dich. Sozial  
Politik  
Dich.



Werte infrage. Demokratie bedeutet Meinungsvielfalt und Kompromissbereitschaft – sie darf niemals zulassen, dass extremistische Ideologien in politische Entscheidungsprozesse Eingang finden.

Vor diesem Hintergrund einigen wir uns auf folgende Punkte:

1. Keine Zusammenarbeit: Wir schließen jede Form der Kooperation mit der AfD und mit extremistischen, ausländerfeindlichen und antisemitischen Kräften in den kommunalen Vertretungen der Region Hannover aus. Der Schutz unserer Demokratie erfordert ein entschlossenes Vorgehen gegen alle Formen des Extremismus. Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD und mit extremistischen Gruppierungen – weder in direkter noch in indirekter Form.
2. Klare Abgrenzung: Wir distanzieren uns in politischen Debatten deutlich von der AfD und prangern ihre antidemokratische Agenda an. Gleiches gilt für alle anderen extremistischen und antisemitischen Kräfte.
3. Demokratische Mehrheit sichern: In strittigen Fragen setzen wir auf einen demokratischen Konsens und suchen aktiv den Austausch untereinander. Eine Zusammenarbeit mit der AfD und extremistischen Kräften sind für uns keine Option.
4. Wehrhafte Demokratie stärken: Wir treten gemeinsam für eine starke, vielfältige und tolerante Gesellschaft ein. Populismus, Hetze und demokratiefeindlichen Tendenzen stellen wir uns weiterhin entschlossen entgegen.
5. Die Demokratie lebt von einem fairen und sachlichen Austausch politischer Positionen: Sachbeschädigungen und Gewalt jeglicher Art lehnen wir strikt ab und schützen politische Akteure wie Wahlkämpfende. Solche Einschüchterungsversuche und Gewaltakte haben in einer offenen Gesellschaft keinen Platz und müssen von allen demokratischen Kräften entschieden verurteilt werden. Wir führen den politischen Wettstreit mit Argumenten. Durch gegenseitigen Respekt und eine klare Abgrenzung gegenüber extremistischen und antidemokratischen Strömungen bewahren wir eine stabile und wehrhafte Demokratie.

Diese Vereinbarung ist Ausdruck unserer gemeinsamen Verantwortung für die Demokratie in der Region Hannover. Wir laden alle weiteren demokratischen Kräfte ein, sich dieser Erklärung anzuschließen.



Hannover, den 9. Mai 2025

---

Steffen Krach,

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Region Hannover

---

Bernward Schlossarek,

Vorsitzender des CDU-Regionsverbands Hannover

---

Silke Musfeldt und Victoria Schwertmann,

Vorsitzende des Regionsverbands Hannover von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

Markus Hofmann, Vorsitzender der FDP Region Hannover